

[[top-themen]]

Hofreiter zog vom grünen Leder

Nach Rezzo Schlauch und Fritz Kuhn kam heuer Toni Hofreiter zum „Bericht aus Berlin“ ins Paulaner Journal

Zum diesjährigen „Bericht aus Berlin“ der Grünen in Ellwangen kam der Unterhachinger Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen, Toni Hofreiter, am Sonntagvormittag ins Paulaner Journal. Bei Musik und Weißwurst sprach er deutliche Worte zur Regierungspolitik.



V.l.: Ellwangens Fraktionsvorsitzender Berthold Weiß, Vorsitzender der Bundestagsfraktion Toni Hofreiter und Margit Stumpp vom Regionalverband.

Ellwangen. Man hätte es dem Bayern gewünscht, dass er bei seinem ersten Besuch in Ellwangen bei der Traditionsveranstaltung im Paulaner Journal unter den Kastanienbäumen des Biergartens hätte reden können. Wetterbedingt in den Wintergarten der Gastwirtschaft ausgewichen, trieb dann nicht nur die warme Luft dem Bundesvorsitzenden die Röte ins Gesicht.

Die gegenwärtige Weltpolitik und die Reaktionen der Bundesregierung darauf sowie die Energiepolitik brachten den Bayern augenscheinlich schier zum Kochen. Es würden mit jedem Diktator „Geschäft“ gemacht, und wenn es dann brenne, werde nach der Feuerwehr gerufen, meinte er, nachdem er die Außenpolitik der Regierung in den augenblicklichen größten Krisen- und Kriegsgebieten beleuchtet hatte. Die jetzige Regierung fahre nur auf Sicht und tue nichts für den vorsorglichen Brandschutz.

Er gab zu, dass manchmal auch militärisch eingegriffen werden müsse, wenn die Bedrohung akut zu groß geworden sei. Dennoch sei die augenblickliche Politik nicht vorausschauend, und so würden immer nur Feuer gelöscht. Natürlich könnten nicht alle Fragen mit Verhandlungen gelöst werden. Doch wenn man militärisch eingreife, müsse man sich fragen, ob man richtig helfe und über welche Zweit- und Drittwege Waffen in die falschen Hände gelangen könnten. Die Bundesregierung habe oft schon weg geschaut und Waffen nach Katar, Saudi-Arabien und in die Türkei geliefert, die durch Umwege zum Beispiel heute in die Hände der ISIS gelandet seien.

Niemand hätte noch vor 15 Jahren gedacht, meinte er beim Kernthema Energiepolitik, dass Photovoltaikanlagen und Windkraft die Gewinner bei den erneuerbaren Energien würden. Macht- und Lobbypolitik kippten nun fast schon diese Erfolgsgeschichte, denn man habe seitens

der Regierung um die großen Energiekonzerne einen „Schutzzaun“ gebaut. Selbst im Ausland wundere man sich schon darüber, das die Deutschen, die Vorreiter bei den erneuerbaren Energien waren, die Früchte ihrer Arbeit nicht selbst ernten wollen: Die Bundesregierung sollte sich schämen, sagte Hofreiter, so werde „durch ideologische Verbohrtheit“ ein gewinnbringender Wirtschaftszweig kaputt gemacht.

Ein weiteres Thema, das seine Gesichtsfarbe noch etwas dunkler werden ließ, war der Bundesverkehrswegeplan. Beim Ausbau des Straßennetzes sei der „Grenznutzen“ längst erreicht. Für den Straßenerhalt stehe kaum Geld zur Verfügung und mit der Einführung der angedachten „Ausländermaut“ wolle man mit einem Hintertürchen die Lkw-Maut senken. Natürlich zur Freude von deren Lobby. Kein gutes Haar ließ er an der Deutschen Bahn. Der erwirtschaftete Gewinn, wie aus der DB-Regio, werde in Holdings investiert, die das Geld im Ausland für nicht gewinnbringende Unternehmen einsetzen. So bleibe kaum Geld für den Erhalt und Ausbau des Schienennetzes in Deutschland.

In die Besucherrunde schauend freute sich der Ellwanger Vorsitzende der Grünen, Berthold Weiß, Gemeinderatsmitglieder aller Fraktionen begrüßen zu können. Ellwangen sei eine gute politische Familie, meinte er, „und wir haben einen grünen Bürgermeister. Unser Ziel ist es, zur ‘100-Prozent-Stadt’ zu werden. Wir wollen so viel erneuerbare Energie erzeugen, wie wir verbrauchen. Mit der Energiegenossenschaft sind wir bereits auf dem Weg“, so Weiß. Weiter gehe es in nächster Zeit mit drei Windrädern, die in Hinterlengenbergr aufgebaut werden. Bevor Hofreiter in den Zug stieg, der ihn zu seinem Arbeitsplatz nach Berlin brachte, stellte er sich noch einer brennenden Frage seiner Gäste: Wie er den Asylkompromiss von Ministerpräsident Winfried Kretschmann sehe? Gewünscht habe er es sich anders. Vor allem, da man seit drei Monaten versucht habe, zu verhandeln. Man akzeptiere aber die Entscheidung, auch wenn man sie selber so nicht getroffen hätte und die ganze Asylfrage wesentlich komplexer sei, als sie sich auf den ersten Anschein zeige. Gerade in Bezug auf Sinti und Roma hätte er sich gewünscht, man wäre einen anderen Weg gegangen. Druck hätte ausgeübt werden können auf die Länder, die die Sinti und Roma aufs Schwerste diskriminieren.

Zum Entspannen zwischen heißen Worten spielten im Journal „Norbert Botschek und Band“ auf.

© Schwäbische Post 21.09.2014 19:48:13